des von ihm angebotenen Zeugen nachgegangen sei. Auch diese Rüge vermag ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit des Urteils nicht zu begründen. Das gilt schon deshalb, weil der Beklagte den Kläger – gestützt auf § 219 Abs. 1 und 2 LVwG – als Eigentümer bzw. Pächter der betroffenen Flurstücke XXX der Gemarkung XXX in Anspruch genommen hat (S. 2 der Verfügung vom 10. 6. 2009: „... Sie wurden ... als Eigentümer ... sowie als Pächter ... ermittelt und sind somit für die o. g. Tatbestände verantwortlich ...“). Auch im Widerspruchsbescheid wird neben der Verantwortlichkeit des Klägers als Verursacher auf seine Stellung als Eigentümer und Pächter hingewiesen (S. 3). Die Inanspruchnahme als Eigentümer und Pächter ist auch rechtlich zulässig: Die hier maßgeblichen Vorschriften der §§ 2 Abs. 5 S. 2, 11 Abs. 10 S. 2 LNatSchG regeln lediglich, dass die zuständige Naturschutzbehörde bei einem rechtswidrigen Eingriff in die Natur die erforderlichen Maßnahmen anordnen und ggf. die Wiederherstellung des früheren Zustandes fordern kann, bestimmen jedoch nicht ausdrücklich, an wen die Anordnung bzw. die Aufforderung zur Wiederherstellung zu richten ist. Sie lassen damit Raum für die Anwendung der allgemeinen „Störervorschriften“ im Landesverwaltungsgesetz (§§ 217 ff.). Dass auch die Inanspruchnahme des Eigentümers bzw. Pächters zulässig ist, ergibt sich – mittelbar – aber auch aus dem Landesnaturschutzgesetz selbst. Wenn in § 2 Abs. 5 S. 3 bestimmt wird, dass eine Anordnung, die ein Grundstück betrifft und sich an den Eigentümer oder den Nutzungsberechtigten richtet, auch für dessen Rechtsnachfolger verbindlich ist, wird damit die Zulässigkeit der Inanspruchnahme des Eigentümers oder Nutzungsberechtigten vorausgesetzt (vgl. auch § 11 Abs. 10 S. 5 und die danach mögliche Heranziehung auch des Eigentümers zu den Kosten für eine Ersatzvornahme).

[7] Abgesehen davon, hat der Senat auch keine – ernstlichen – Zweifel daran, dass der Kläger auch Verursacher ist, d. h. die in Frage stehenden Gräben verfüllt hat oder hat verfüllen lassen. Zur Begründung verweist der Senat auf die Ausführungen im angefochtenen Urteil (S. 9) und vor allem auf die Ausführungen auf S. 3 des Widerspruchsbescheids. Ergänzend weist er darauf hin, dass derjenige, der das Verfahren durch seine Anzeige erst „ins Rollen

gebracht“ hat, angegeben hat, die Verfüllung der Gräben habe im Herbst 2008 stattgefunden. Zu diesem Zeitpunkt hat der Kläger die o. a. Flurstücke bereits selbst bewirtschaftet. Das tut er offenbar bereits seit Mitte der 90iger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Davon ist das Verwaltungsgericht aufgrund der Angabe des Beklagten in seinem erstinstanzlichen Schriftsatz vom 16. 5. 2011 ausgegangen, der der Kläger im Folgenden nicht widersprochen hat. Insofern relativiert sich die Bedeutung der Aussage der Ersteller des bodenkundlichen Gutachtens, dass nach Auswertung von bei Google Earth „heruntergeladenen“ Luftbildern die Verfüllung vor dem Jahre 2001 erfolgt sein müsse; denn das schließt den Kläger als Verursacher nicht aus. Im Übrigen räumen die Gutachter selbst ein, dass nach den Angaben im Nutzerhandbuch für Google Earth die Statusleiste nur das „ungefähre“ Datum anzeige, an dem das Bild aufgenommen worden sei. Ihr – ohnehin vorsichtiger – Schluss, dass das Bild „wohl“ irgendwann in den Jahren 1999 oder 2000 aufgenommen worden sei, muss daher nicht richtig sein.

[8] Abschließend merkt der Senat zu dem vorstehend behandelten Komplex an: Es ist für ihn angesichts dessen, dass der Kläger seine Verursachereigenschaft für streitentscheidend hielt, nicht nachvollziehbar, warum er dann nicht in der mündlichen Verhandlung – förmlich – den Antrag gestellt hat, durch Vernehmung des Vor-Bewirtschafters Beweis darüber zu erheben, dass im Zeitpunkt des Nutzungsübergangs bereits keine Gräben mehr vorhanden gewesen seien. Dieses prozessuale Versäumnis jetzt dadurch „ausbügeln“ zu wollen, indem die Nichterhebung dieses Beweises zur Begründung ernstlicher Zweifel benutzt wird, hätte nur dann Erfolg haben können, wenn sich dem Verwaltungsgericht von Amts wegen die Erhebung des Beweises hätte aufdrängen müssen. Das war hier jedoch nach dem in den beiden vorigen Absätzen Ausgeführten nicht der Fall.

[9] Der weiter geltend gemachte Zulassungsgrund des § 124 Abs. 2 Nr. 2 VwGO ist ebenfalls nicht gegeben. Der Kläger hat zwar behauptet, dass der Fall vor allem in tatsächlicher Hinsicht besondere Schwierigkeiten aufweise, dies jedoch mit keinem Wort begründet und damit den Zulassungsgrund nicht – wie erforderlich – dargelegt.

...

ERRATUM

DOI: 10.1007/s10357-012-2245-9

Erratum zu: Mit einem „Nicht“ zuviel vorbei am Ziel?

© Springer-Verlag 2012

Auf Seite 18 wurden in der rechten Spalte im 2. Absatz versehentlich zwei Durchstreichungen jeweils des Wortes „nicht“ weggelassen. Der Absatz muss heißen:

„Ausgangspunkt dieser Überlegung ist die Annahme, dass die erste Verneinung durch die zweite Verneinung wieder aufgehoben wird, was letztlich zu einer „Bejahung“

führt. Ein Weglassen der beiden Worte „nicht“ würde im Ergebnis das Dilemma aufzeigen: Ein Eingriff darf „nicht“ zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden“ ... sind ... “

Das Gleiche gilt für die Durchstreichung zweier Wörter auf Seite 19 in der linken Spalte im 3. Absatz. Der Absatz muss heißen:

„Die vom Gesetzgeber offenbar so geliebte doppelte Verneinung wäre durch eine andere Wortwahl konfliktfrei: „Ein Eingriff darf „nicht“ zugelassen ... werden, wenn die Beeinträchtigungen nicht unvermeidbar zu vermeiden“ ... sind ... “

Die Schriftleitung bedauert diese Druckfehler.

Die Onlineversion des Originalbeitrages ist erreichbar unter doi: 10.1007/s10357-011-2194-8

Wilfried Hayen,
Hannover, Deutschland